

# Volksstimme

**Redaktion:**  
Halle a. S., Gr. Braunschweigstr. 17  
Fernsprecher 6802  
Sprechstunde täglich von 4-12-4, 1 Uhr.

**Organ der Sozialdemokratischen Partei**  
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.  
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaftler“  
jeden Freitag nachmittags.

**Verlag und Expedition:**  
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27  
Fernsprecher 5407  
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

**Nr. 140**  
Wagnerspreis: Monatl. 4.—, 3 M. 12.—, 6 M. 24.—, 12 M. 48.—, 18 M. 72.—, 24 M. 96.—, 30 M. 120.—, 36 M. 144.—, 42 M. 168.—, 48 M. 192.—, 54 M. 216.—, 60 M. 240.—, 66 M. 264.—, 72 M. 288.—, 78 M. 312.—, 84 M. 336.—, 90 M. 360.—, 96 M. 384.—, 102 M. 408.—, 108 M. 432.—, 114 M. 456.—, 120 M. 480.—, 126 M. 504.—, 132 M. 528.—, 138 M. 552.—, 144 M. 576.—, 150 M. 600.—, 156 M. 624.—, 162 M. 648.—, 168 M. 672.—, 174 M. 696.—, 180 M. 720.—, 186 M. 744.—, 192 M. 768.—, 198 M. 792.—, 204 M. 816.—, 210 M. 840.—, 216 M. 864.—, 222 M. 888.—, 228 M. 912.—, 234 M. 936.—, 240 M. 960.—, 246 M. 984.—, 252 M. 1008.—, 258 M. 1032.—, 264 M. 1056.—, 270 M. 1080.—, 276 M. 1104.—, 282 M. 1128.—, 288 M. 1152.—, 294 M. 1176.—, 300 M. 1200.—, 306 M. 1224.—, 312 M. 1248.—, 318 M. 1272.—, 324 M. 1296.—, 330 M. 1320.—, 336 M. 1344.—, 342 M. 1368.—, 348 M. 1392.—, 354 M. 1416.—, 360 M. 1440.—, 366 M. 1464.—, 372 M. 1488.—, 378 M. 1512.—, 384 M. 1536.—, 390 M. 1560.—, 396 M. 1584.—, 402 M. 1608.—, 408 M. 1632.—, 414 M. 1656.—, 420 M. 1680.—, 426 M. 1704.—, 432 M. 1728.—, 438 M. 1752.—, 444 M. 1776.—, 450 M. 1800.—, 456 M. 1824.—, 462 M. 1848.—, 468 M. 1872.—, 474 M. 1896.—, 480 M. 1920.—, 486 M. 1944.—, 492 M. 1968.—, 498 M. 1992.—, 504 M. 2016.—, 510 M. 2040.—, 516 M. 2064.—, 522 M. 2088.—, 528 M. 2112.—, 534 M. 2136.—, 540 M. 2160.—, 546 M. 2184.—, 552 M. 2208.—, 558 M. 2232.—, 564 M. 2256.—, 570 M. 2280.—, 576 M. 2304.—, 582 M. 2328.—, 588 M. 2352.—, 594 M. 2376.—, 600 M. 2400.—, 606 M. 2424.—, 612 M. 2448.—, 618 M. 2472.—, 624 M. 2496.—, 630 M. 2520.—, 636 M. 2544.—, 642 M. 2568.—, 648 M. 2592.—, 654 M. 2616.—, 660 M. 2640.—, 666 M. 2664.—, 672 M. 2688.—, 678 M. 2712.—, 684 M. 2736.—, 690 M. 2760.—, 696 M. 2784.—, 702 M. 2808.—, 708 M. 2832.—, 714 M. 2856.—, 720 M. 2880.—, 726 M. 2904.—, 732 M. 2928.—, 738 M. 2952.—, 744 M. 2976.—, 750 M. 3000.—, 756 M. 3024.—, 762 M. 3048.—, 768 M. 3072.—, 774 M. 3096.—, 780 M. 3120.—, 786 M. 3144.—, 792 M. 3168.—, 798 M. 3192.—, 804 M. 3216.—, 810 M. 3240.—, 816 M. 3264.—, 822 M. 3288.—, 828 M. 3312.—, 834 M. 3336.—, 840 M. 3360.—, 846 M. 3384.—, 852 M. 3408.—, 858 M. 3432.—, 864 M. 3456.—, 870 M. 3480.—, 876 M. 3504.—, 882 M. 3528.—, 888 M. 3552.—, 894 M. 3576.—, 900 M. 3600.—, 906 M. 3624.—, 912 M. 3648.—, 918 M. 3672.—, 924 M. 3696.—, 930 M. 3720.—, 936 M. 3744.—, 942 M. 3768.—, 948 M. 3792.—, 954 M. 3816.—, 960 M. 3840.—, 966 M. 3864.—, 972 M. 3888.—, 978 M. 3912.—, 984 M. 3936.—, 990 M. 3960.—, 996 M. 3984.—, 1000 M. 4000.—

Halle, Donnerstag, den 17. Juni 1920

**4. Jahrgang**  
Anzeigenpreis: Im adsp. 60 Stk. im  
bestimmten Zeitraume 2 50 Mk. für die  
Reichsanzeigen mit 50% Aufschlag. —  
Anzeigenpreis für die nächste Ausgabe  
morgens 6 Uhr.

## Die Lage klärt sich.

### Ein Kabinett der bürgerlichen Parteien im Anmarsch.

Nachdem Herr Müller und noch schneller Herr Heinze von der Deutschen Volkspartei ihre übernommenen Aufgaben in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegten, erwartete man auch nicht allzuweit, als dann Trimborn dieselbe übertragen erhielt. Aber dieserhalb seine Aufgabe nach einer ganz anderen Richtung vor sich liegen wie die beiden anderen. Müller verlor die Anführerschaft unserer Partei, den Wunsch auf Erweiterung der Koalition nach links zu realisieren. Er blickte bei den Unabhängigen ab und seine Aufgabe war erledigt. Winderlar waren die Absichten des Dr. Heinze. Wenn es ihm nur um eine offizielle Befähigung unserer schon vorher befannten Koalition einzuwirken, so tun wir, dann konnte er sie auf anderem Wege erhalten, als dadurch, daß er sich vom Reichspräsidenten mit der Bildung des Kabinetts betrauen ließ.

Trimborn sah deshalb seine Aufgabe darin, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zustande zu bringen. Aber nicht eins von den Demokraten bis zu den Deutschen, sondern eins, das alsbaldmöglichst betrautet, nicht aus der Mehrheit des Reichstages sich bildete, sondern in seiner ganzen Tätigkeit von der öffentlichen Meinung der sozialdemokratischen Partei abhängig. Eine Lösung der vermorenen Lage, die wenigstens ein Angreifen der nächstliegenden Arbeiten gestattet. Natürlich waren erst wieder umfangreiche Besprechungen zwischen den Parteien erfolgt, ehe sich dieser Gedanke befestigte. Am meisten dazu beigetragen hat wohl die Erklärung, die Senator Dr. Peterlen im Auftrage der demokratischen Fraktion abgab. Sie lautete:

Die Deutschnationale Partei auf die politische Bühne mit folgender Persönlichkeit:

„An die deutschnationale Fraktion hat sich bis zur Stunde keiner der mit der Regierungsbildung betrauten Herren mit dem Ersuchen um Teilnahme an den Verhandlungen gewandt. Das muß uns so sehr befremden, weil durch die veröffentlichten Erklärungen der Fraktion und durch die Haltung, die von deutschnationaler Seite seit den Wahlen eingenommen ist, die Bereitwilligkeit der Partei besteht, in der geistigen Leitung des Vaterlandes nationaler Fraktion, nachdem durch die Haltung der Sozialdemokraten jede Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten vereitelt wurde, eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien erstrebt wird. Auch das könnte nicht ohne Opfer der bisherigen Anschauungen und der Parteinteressen geschehen. Diese Opfer auf sich zu nehmen, erheime der Fraktion in Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa und auf die Gefahr der von radikaler Seite ausbrüchlich angeführten Versuche gewalttätiger Umstürzung der Verfassung als eine vaterländische Pflicht. Wenn diese vaterländische Notwendigkeit sich nicht erfüllen lassen sollte, so kann das jedenfalls nicht auf das Verhalten der Deutschnationalen Partei zurückgeführt werden.“

Geschäftsträgers in Paris, Dr. Meyers-Kaufmann, genannt. Dr. Meyer ist Mitglied der Zentrumspartei. Nach anderen Mitteilungen verlangt die Deutsche Volkspartei, die vorläufig nur ein Mitglied in das Kabinett entsendet, den Wirtschaftsminister Weisbach, die Übertragung des Reichswehrministeriums an den General v. Seekt.

Partei mit ab, mit welchem Programm das neue Ministerium von der Öffentlichkeit treten wird. Unsere Partei muß es ebenfalls klären, nach dem das Amt des Wirtschaftsministers in die Hände eines Vertreters der Stimmenspartei übergeht. Wenn die Wirtschaftsmassnahmen der nächsten Zeit aussergewöhnlich inflexible Charakter tragen werden, so haben vor allem die Unabhängigen die größte Schuld daran, auf ihre Schultern senken durch ihre Weigerung, in die Regierung mitzutreten. Diese Schuld wird sich rächen.

„Nachdem die Frage der Bildung einer neuen Regierung heute zum erstenmal an mich als Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei herantrat, gestatte ich mir, das folgende anzuführen: Nach Artikel 55 der deutschen Reichsverfassung ernannt der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Wir haben, besonders nach dem Lebensfähigkeitsgesetz, ein Absehen von diesem Wege für verhängnisvoll an. Daß die Parteien sich bereit erklären, Koalitionen zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammenlegung zu erkennen, erscheint mir ausgeschlossen. Nur auf dem verfassungsmässigen Wege kann die Bildung einer Regierung gelingen. Der Reichspräsident bezeichnet einen Reichskanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu gewinnen hat. Dann haben die Fraktionen und demnachst der Reichstag darüber zu beschließen, ob sie dieser Regierung mit ihrem Programm das Vertrauen ausprechen wollen oder nicht.“

Man merkt deutlich das getränkte Gefühl heraus, bei allen diesen Verhandlungen so gar keine Beachtung gefunden zu haben. Es ist aber auch eine Unverständlichkeit von Wolk, die heute, die bis vor einigen Jahren allein vorangehend in Deutschland waren, die jetzt wieder ihre unbeschränkte Betätigung in höchsten Ehren preisgeben, so vollständig beiseite zu schieben. Es wird den Vertretern der sozialdemokratischen Partei im Parlament auch so noch schwer genug werden, die versprochene wohlwollende Neutralität zu bewahren, aber ein Ministerium mit Einschluß der Deutschnationalen konnte nichts anderes als unseren härtesten parlamentarischen Widerspruch zu werden. Es hätte keine Zeit Bestand gehabt. Ueber die zwischen Trimborn und unserer Partei getroffenen Abmachungen muß man erst nähere Nachrichten abwarten, ehe man sagen kann, wie lange unsere Neutralität diesem Kabinett gegenüber dauern wird. Vielleicht werden sie, diese Abmachungen, erweitert werden müssen, vielleicht werden Versuche, sie zu brechen, abgewehrt werden müssen, alles Momente, die auch dieses Kabinett auf ziemlich unsicheren Boden lassen.

**Einberufung des Reichstages.**  
Berlin, 16. Juni. Amlich wird gemeldet. Der Präsident der Nationalversammlung beruft auf Grund der Artikel 2, 180 der Verfassung den Reichstag zum 24. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr, ein.

**Die Unterjagd über die März-Vorgänge.**  
Berlin, 17. Juni. Bei dem Unterjagdungsantrag über die März-Vorgänge im Reichswehrministerium sind gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurlaubung erkannt, während der Rest durch Verurteilung und Niederlassung seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhüten, ist ein weiteres Referat für Beschwerden vom Unterpersonal mit einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Zivilreferenten errichtet worden.

**Die obersten Betriebsräte werden vorkünftig wegen der französischen Webergrieße.**  
Breslau, 16. Juni. Nach einer Meldung des „Nacht-Abendblattes“ aus Gleiwitz sind die dortigen Betriebsräte gestern bei dem französischen Webergrießpräsidenten wegen der französischen Webergrieße vorkünftig geworden. Die Arbeiterchaft sei gemitt, falls ihre Bitte um Webergrieß nicht erfüllt werde, zur Selbsthilfe zu greifen. Der Webergrieß habe erklärt, daß die Webergrieß unterjagd werden die Schuldigen seien zum Teil schon unterjagd und würden bestraft werden. Die Verletzten würden durch die französischen Behörden entschädigt werden. Das Verbot des Waffenentrags werde durchgeführt werden.

Unsere Partei erklärt sich, unbeteiligt durch die Geschäftigkeit des gegen uns geführten Kampfes, ohne parteipolitische Voreingenommenheit bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mitzuwirken, das durch seine Verantwortlichkeit und durch sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms bezeichnen ich von vornherein folgende Punkte:

- Vorbehaltlose und unbefangene Anerkennung der Weimarer Verfassung. Abschaffung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation. Bekämpfung jedes Versuchs der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder Einkämmung von Vorrechten an eine Klasse.

Eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet; Abschaffung jedes Klassen- und Rassenhasses, auch des Antisemitismus.

Das vermindert aber durchaus nicht den Ärger der deutschnationalen Kreise. Herr Müller liegt in der „Deutschen Zeitung“ aus und schnappt der bisher befremdeten Volkspartei den Rufmittel der Partei des Wiederaufbaus fort.

Der Ärger dieser Kreise, politisch nicht satisfaktionsfähig betrachtet zu werden, der Wunsch, um jeden Preis bei der Kernervertellung dabei zu sein, bestimmt die „Tägliche Rundschau“ zu weitgehenden Konzessionen. Es kommt ihr sogar in diesem Augenblick nicht darauf an, wesentliche Grundzüge preiszugeben. Sie schreibt:

„Die monarchistische Frage steht überhaupt nicht im Mittelpunkt der Debatte, und niemand wird es heute unter ernsthaften Politikern auf der Rechten einfallen, die republikanische Verfassung durch eine monarchistische zu ersetzen. Das deutsche Volk hat jetzt und für die Zukunft andere Aufgaben zu erfüllen, und die monarchistische Frage ist eine Angelegenheit, über die das ganze deutsche Volk zu entscheiden hätte.“

**Stüberhändler.**  
Mainz, 16. Juni. Gestern wurde in einer Vorstadt ein Auto angehalten, in dem 4 Silberbarren im Gewicht von 10 Zentnern gefunden wurden. Die Inassen wurden verhaftet und die Barren beschlagnahmt.

Bestellung der Aemter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung reichhaltig zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind.

Diese obersten Grundzüge habe ich schon jetzt hervor, weil sie mir die unerlässliche Vorbereitung jeder von Vertrauen des Volkes getragenen Regierungsbildung über sein Weinen. Vorhänge im einzelnen zu machen über die Führung unserer auswärtigen Politik, über die Befestigung unserer wirtschaftlichen, über die Förderung unserer kulturellen und sozialen Lebens, über unsere Webergrieß stellt mir nicht zu, sondern es ist Sache des Programms des Reichskanzlers, sie mit seinen Mitarbeitern zu entwerfen.

Als nun die ersten Anzeichen für eine Lösung in diesem angebundenen Sinne auftauchen — die Deutsche Volkspartei scheint auf eine umfangreiche Beteiligung der Reichstagesparteien mit Angehörigen unserer Partei einen allzu großen Wert zu legen — da trat mit einem Male

Wir Sozialdemokraten können diesem ganzen Treiben mit ziemlicher Ruhe entgegengehen. Es kommt die Zeit, wo man unsere Kräfte noch mehr brauchen wird wie bisher und dann wird unter Einfluß sofort wieder ein größerer werden. Trotz des Ausfalls der Wahlen, trotz unseres Stimmenergebnisses können wir sagen: Unser Webergrieß blüht.

## Das neue Kabinett.

Reichskanzler: Dr. Meyer, Inneres: Koch, Auswärtiges: von Holtz (früher Kaiserlicher Gesandter in Wien), Wirtschaft: Weisbach, Finanzen: Birch, Schatz: v. Clemens, Arbeit: Stegerwald, Verkehr: Götz, Reichswehr: Secker, Jung: Heinze.

Zunächst hatte Abg. Trimborn den bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung Heydenbach als Reichskanzler in Vorschlag gebracht, aber Oberl. Weisbach, trotz dem dieser Vorschlag bei seiner Partei Widerstand fand, denselben aus triftigen Gründen ablehnen zu müssen. Daranfolgt hat Trimborn dann den Namen des deutschen

**Die Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin.**  
Ein glänzender Erfolg der Webergrießsozialdemokratie. Während in verschiedenen Staaten, u. a. Bayern, Württemberg, Oldenburg, die Landtagswahlen am gleichen Tage wie die Reichstagswahlen stattfanden, gingen die Wähler in Mecklenburg acht Tage später noch einmal zur Wahlurne. Da jetzt sich nun an dem Wahlergebnis sofort die Wirkung des unübrigen Verhaltens der Unabhängigen Partei bei der Regierungsbildung im Reiches Weisbach mit ihrem Wahlerfolg, den sie unbestreitbar errungen hat, praktisch nichts anzufangen weis, sondern durch ihr Verhalten die uneingeschränkte Ausübung der politischen Macht den Reichsparteien in die Hände spielt, fanden schon nach acht Tagen die Wähler an, dieser Partei den Rücken zu kehren. Trotz geringerer Wahlbeteiligung hat die Sozialdemokratische Partei an Stimmen gegenüber der Reichstagswahl erheblich zugenommen. Den Verlust tragen die Unabhängigen. In manchen Orten verlor die Partei Hunderte ihrer Wähler, die von der E. F. D. größtenteils aufgenommen wurden.

Wir lassen das Stimmenergebnis folgen. 25 ländliche Bezirke stehen noch aus, allzuweit werden sie aber an dem Resultat nicht ändern. Auf je 5000 Stimmen fällt ein Mandat; ist der verbleibende Rest mehr als die Hälfte von 5000, so zählt er für zwei.











Partei-Angelegenheiten.

Freier Sängerkorps. Freitag abend Eingekunden Vereinsklub zum Schützen. ...

Der Vorstand. ...

Freitag abend 7 Uhr treffen sich die Genossinnen und Genossen in unserem Jugendheim. ...

Aus dem Stadtreis.

Halle, 17. Juni 1920.

Eine Funktionärin.

Fr. S. P. D., welche gestern abend sagte, beschränkte sich bei der Stellungnahme zur Parteiauswahl. ...

Resolution.

Die am 15. Juni tagende Funktionärkonferenz des Sozialdemokratischen Vereins für Halle, billigt den Beschluß der Konferenz des Parteiausschusses und der Reichspartei: keine Koalition mit Einigkeit der Volkspartei zu bilden.

Durch den Beschluß der unabhängigen Partei, nur in eine reinpolitische Regierung einzutreten, wo sie, obgleich in Minderheit, die größere Hälfte der Regierungsgeschäfte beanspruchen, ist die Bildung einer arbeitsfähigen Koalition mit Zentrum und Demokraten nicht gegeben. ...

Die Funktionäre verpflichten sich mit aller Kraft für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen zu wirken. ...

Zu den Bestrebungen der rechtsfähigen Kreise, die Erfüllung wesentlichen Teiles des Versailles Friedensvertrags, der die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann fordert, hinauszuweisen oder gar zu verhindern, fassen die Funktionäre nachfolgende

Entschließung.

Die Funktionäre wenden sich mit Entschiedenheit gegen das Streben reaktionärer Kreise, die Reichswehr in einer Stärke von 200 000 Mann zu erhalten. ...

Der neue statistische Monatsbericht. ...

Die statistische Entwicklung der sozialdemokratischen Partei bis 1914. ...

Öffnung. Ueber die Sozial- und die Wirtschaftslage des Reiches wird noch später zu berichten sein; ebenso über die Ergebnisse der Beilage zu dem Monatsbericht über die Selbstwehr in Halle 1910-1919.

Eine Umfrage über die Lage der Privatbesitzer an unserer Universität.

Die Vereinigung der Privatbesitzer an der Universität Halle hat am Beginn des Jahres eine Umfrage über die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder angestellt. ...

Als Besondere werden für Privatbesitzer, die nicht als Beamte, sondern als Angehörige eines freien Berufes gelten, in der Regel nur das von den Studenten besetzte Kollegium in Betracht. ...

Über von 17 Nichtmediziner, deren Angaben hier vermerkt werden konnten, beläuft nur vier aus anderen Quellen als ihrer Berufsarbeit an der Universität ein Einkommen von mehr als 1000 Mark. ...

Die Einkünfte der Besizer der Lehrauftrag-Remunerationen unterliegen ausnahmslos der Einkommensteuer. ...

Ueber die wirtschaftliche Lage der Privatbesitzer, als des allerhöchsten Vermögens unserer Universität wird nach diesen Angaben kein Zweifel möglich sein. ...

Das Personal der gesamten Kranken- und Pflegeanstalten von Halle.

Halt am 10. Juni 1920 im überfälligen Ernte des Personal einer Belegungsliste der Kollegen W. G. Friedrich-Berlin über die Aufgaben der Organisation in den Kranken- und Pflegeanstalten. ...

das die äußerst kümmerlichen Verhältnisse, die auch heute noch vielfach in den Anstalten zu finden sind, nur aus der Entlohnung der Krankenpflege nach Verhältnis der Besoldung bis zur Hälfte der Besoldung der Ärzte erklärt werden kann. ...

Zu den Bestrebungen der rechtsfähigen Kreise, die Erfüllung wesentlichen Teiles des Versailles Friedensvertrags, der die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann fordert, hinauszuweisen oder gar zu verhindern, fassen die Funktionäre nachfolgende

Die Einkünfte der Besizer der Lehrauftrag-Remunerationen unterliegen ausnahmslos der Einkommensteuer. ...

Ueber die wirtschaftliche Lage der Privatbesitzer, als des allerhöchsten Vermögens unserer Universität wird nach diesen Angaben kein Zweifel möglich sein. ...

Die Einkünfte der Besizer der Lehrauftrag-Remunerationen unterliegen ausnahmslos der Einkommensteuer. ...

Die geschichtliche Entwicklung der sozialdemokratischen Partei bis 1914.

Im volkstümlichen Auditorium maximum der hiesigen Universität sprach am Dienstag abend Gen. Eduard Bernstein über obiges Thema. ...

Unter den Arbeitern war es besonders der Schneidermeister Wilhelm Weitzing, der begierig die Ideen des französischen Sozialismus aufnahm. ...

Unter den Arbeitern war es besonders der Schneidermeister Wilhelm Weitzing, der begierig die Ideen des französischen Sozialismus aufnahm. ...

kommt in der sogenannten „materialistischen Geschichtsauffassung“ im Gegensatz zur idealistischen im Ausdruck. ...

Die bürgerliche Revolution von 1848 fand die Arbeiter der Bauernklasse nicht besonders feindlich gegenüber. ...

Die Reaktion, welche der 48er Revolution folgte, unterdrückte alle Ansprüche der Arbeiterklasse, welche hier und da geäußert waren. ...

Während ferner Marx die Auffassung vertrat, daß in der modernen Gesellschaft die Arbeiter nicht den vollen Ertrag ihrer Arbeit und im höheren Grade im Sozialismus ein Verteilungsproblem vor sich haben, so sah er in der modernen Gesellschaft ein Verteilungsproblem vor sich haben. ...

den Arbeitern, daß sie ihre ganze Kraft auf die Erhaltung des allgemeinen direkten Wahlrechtes konzentrieren sollen. ...

Auf dem Kontrakt vom 23. Mai 1863 in Leipzig unter dem Vorhild von Lassalle, wurde dann der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ gegründet. ...

Die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Arbeiterbewegung. ...

Stadtheater: Heute Donnerstag, abend 7 1/2 Uhr wird Matheis' „Helling“ gespielt. ...



